„Der Courier"
ist die führende deutsche Zeitung Canadas.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 16 oder 20 Seiten beträgt jährlich $2.00 bei Vorausbezahlung.

Der Bezugspreis für das an jedem Sonnabend erscheinende „Extrablatt" beträgt jährlich $1.00 nur gegen Vorausbezahlung.

Man schreibe an den „Courier", P.O. Box 505, Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Strahe, Regina.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,432 Leser!

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier

"The Courier"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE

Subscription price for the regular 16 page issue, appearing every Wednesday, $2.00 yearly in advance only.
Subscription price for the Saturday special issue "Extrablatt" $1.00 yearly in advance.
Address: "The Courier", P. O. Box 505, Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835 Halifax St. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German farmers are progressive and possess an enormous buying power. Yes, [illegible] trade! Advertise in "The Courier", 20,432 subscribers.
Advertising rates on application.

10. Jahrgang. | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 20. Juni 1917. | 16 Seiten | Nummer 33

Krampfhafte Versuche der Konservativen, die deutsch sprechenden Wähler Saskatchewans irre zu führen

In Flugschriften und im „Nordwesten" erreicht die verlogene und schmutzige Kampfweise der gewissenlosen konservativen Politiker ihren Höhepunkt. Rassenhaß wird in geradezu unverantwortlicher Weise gepredigt und Tatsachen werden auf den Kopf gestellt.

Kürzlich kam uns eine von der konservativen Partei Saskatchewans in deutscher Sprache verbreitete und vom Nordwesten in Winnipeg gedruckte Flugschrift in die Hände, die den schönen Titel zeigt: „Wie die Agenten der Liberalen Rassenhaß unter den deutschen Wählern Saskatchewans säen." Diese Flugschrift überbietet alles, was die konservative Partei und der „Nordwesten" bisher an bewußter und willkürlicher Verdrehung und Entstellung von Tatsachen und offenkundigster unverschämter Verlogenheit geleistet haben. Es ist geradezu beleidigend für unsere deutsch sprechenden Bürger in Saskatchewan, daß der „Nordwesten" und die konservative Partei ihnen eine so ungeheure Dummheit zutrauen und erwarten, daß unsere deutsch sprechenden Wähler diese plumpen Lügen glauben werden. Die Flugschrift versucht nämlich, die bekannten Aeußerungen des Reginaer presbyterischen Geistlichen Dr. McKinnon, die kurz gesagt den Vorschlag enthalten, den aus Deutschland und Oesterreich stammenden canadischen Bürgern das Wahlrecht zu entziehen, als Ansicht der liberalen Partei hinzustellen. Wie unsinnig dies ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß McKinnon in seinen Auslassungen Premier Martin und die liberale Partei scharf kritisiert, die konservative Opposition dagegen lobt. McKinnon hat seit Jahren die liberale Regierung Saskatchewans in der schärfsten Weise angegriffen und ihr stets den Vorwurf gemacht, daß sie den aus anderen Ländern hier eingewanderten religiösen und nationalen Minderheiten zu viele Rechte einräumt.

Die konservative Partei wagt es nun, durch die bereitwillige Mithülfe des „Nordwesten" und seiner armseligen gekauften Schreiberseelen, die ihre eigenen Landsleute hier in Canada vergessen und verraten haben und in plumper Weise zu beschwindeln versuchen, unseren deutsch sprechenden Wählern aufzutischen, daß McKinnon's Ansicht, der von jeher ein ausgesprochener Gegner der Liberalen war, die Ansicht der liberalen Partei sei.

Dann heißt es in dieser konservativen Flugschrift weiter: „Aber es fehlt auch nicht an vernünftigen Stimmen von nichtdeutscher Seite, welche die Ansichten der konservativen Partei über diese Frage genau wiedergeben. Eine solche ist die in englischen Blättern veröffentlichte des Herrn B. J. Rielly, B.A., in Goodeve, der gegen Dr. McKinnon's Aeußerungen Protest einlegt."

Die vom „Nordwesten" herausgegebene konservative Flugschrift bringt dann einen Brief Rielly's zum Abdruck. Das schmutzigste und erbärmlichste was wir auf journalistischem und politischem Gebiete kennen, ist, die Ansicht des politischen Gegners direkt zu stehlen. Das haben der „Nordwesten" und seine konservativen Hintermänner mit dieser Veröffentlichung des Rielly'schen Briefes getan. Die Flugschrift sagt, dieser Brief sei in „englischen Blättern" erschienen. Die Schreiber der Schmähschrift waren eben nur zu verlogen und zu feige, um der Wahrheit gemäß anzugeben, daß der Rielly'sche Brief zuerst in der führenden liberalen Zeitung Saskatchewans im „Morning Leader" erschienen und daß sein Verfasser, B. J. Rielly ein überzeugter Liberaler ist. Genau so wie McKinnon's Aeußerungen in den konservativen Zeitungen erschienen, — wie ja alle, den aus nicht englischen Ländern eingewanderten Bürgern West-Canadas feindlichen Aeußerungen in konservativen englischen Zeitungen erschienen sind und aus dem konserva-

(Fortsetzung auf Seite 8)

Der geheimnisvolle Sekretär des Herrn Willoughby und die Rogers-Zeitung „Nordwesten"

In einem Artikel der bekannten politischen Lügenserie des „Nordwesten", die von den deutsch-sprechenden Wählern Saskatchewans nur noch mit mitleidigem Lächeln betrachtet wird, finden wir folgenden wunderschönen Abschnitt. Nachdem der „Nordwesten" erklärt hat, daß er sich an Herrn Willoughby, den konservativen Führer, wandte, um von ihm eine auf die Rassenfrage bezügliche Erklärung zu erlangen, fährt er in dem betreffenden Artikel wörtlich fort: „Herr Willoughby, der selbst durch den Wahlkampf außerordentlich in Anspruch genommen ist, hat uns durch seinen Sekretär mitteilen lassen, daß er Jedem, auch dem naturalisierten Bürger Canadas und Saskatchewans, ganz gleich, wo seine Wiege gestanden hat, dasselbe Recht zugesteht, daß er für sich selbst beansprucht. Das ist deutlich genug. Er ließ hinzufügen, daß er ein Feind sei aller Förderung von Rassenzwietracht, und daß es für ihn nur Canadier gebe."

Der „Nordwesten" meint nun, das sei sehr schön von Herrn Willoughby. Wir aber sagen, es ist recht albern vom „Nordwesten", den Versuch zu machen, die deutsch-sprechende Wählerschaft Saskatchewans in so kindlich naiver Weise abspeisen zu wollen. Unsere Leser werden an das Märchen von Herrn Willoughby's freundlichen Gefühlen gegenüber der naturalisierten Bürgerschaft ebenso wenig glauben, als wir. Der konservative Führer hat in einer ganzen Anzahl von Versammlungen ausgesprochen, daß er, falls ihn das Volk an die Spitze der Regierung stellen würde, dafür Sorge tragen würde, daß jede andere als die englische Sprache aus den öffentlichen Schulen verbannt werden wird. Herrn Willoughby's eigene Zeitung, die „Moose Jaw Daily News", hat, wie keine andere englische Zeitung der Provinz, fortgesetzt gegen die eingewanderte Bevölkerung gehetzt und verlangt, daß dieser das Stimmrecht entzogen werden soll. Warum hat Herr Willoughby nicht öffentlich Protest gegen diese Hetzarbeit seiner eigenen Zeitung eingelegt? Sollte der „Nordwesten" wirklich einen Brief von dem geheimnisvollen Sekretär des Herrn Willoughby haben, dessen Name nicht einmal angegeben ist, so können wir nur sagen, daß es sich um einen weiteren plumpen Wahlschwindel von konservativer Seite handelt. Herr Willoughby selbst hat jedenfalls keine Erklärung abgegeben, und was sein Sekretär sagt, ist für ihn natürlich nicht bindend. Recht vielsagend ist es, daß sogar der „Nordwesten" erklärt, Herr Willoughby sei durch den Wahlkampf so beschäftigt, daß er keine Zeit habe, in einer so hervorragend wichtigen Sache persönlich eine Erklärung abzugeben. Der liberale Führer, Premierminister Martin, hatte jedenfalls nicht nur die Zeit, sondern auch den Mut, öffentlich vor einer aus ungefähr 1,000 Vertretern der liberalen Partei bestehenden Versammlung folgende Worte zu sprechen:

„Ich habe nichts für Leute übrig, die eine öffentliche Plattform betreten und verlangen, daß wir Männern das Stimmrecht entziehen sollen, die sie Ausländer nennen, Männer, die in vergangenen Jahren das Stimmrecht erhielten. Wir brachten diese Leute vor Jahren unter der Einwanderungspolitik hierher, weil wir Leute haben wollten, die unseren Boden bebauen. Diese Leute sind hier, und so lange sie sich anständig benehmen und gute canadische Bürger sind, die sich um ihre Arbeit der Bodenproduktion kümmern, hat niemand das Recht, eine öffentliche Plattform zu betreten und zu erklären, man müsse ihnen das Wahlrecht entziehen.

Lassen Sie mich ferner folgendes sagen: Jedermann, der in dieser kritischen Zeit in dem Leben unseres Reiches, unseres Landes, unserer Provinz den Versuch macht, religiöse Uneinigkeit zu stiften oder Rassenfragen zur Erörterung zu bringen, ist kein treuer Freund Saskatchewans, Canadas oder des britischen Reiches." (Anhaltender lauter Beifall.)

Dasselbe gilt von den Ministern der liberalen Regierung und von einer ganzen Reihe der liberalen Abgeordneten und Kandidaten. Erst in voriger Ausgabe des „Courier" brachten wir die eindrucksvollen, von warmem Gefühl und Verständnis zeugenden Ausführungen des Abgeordneten für Last Mountain, Herrn Sam Latta, über diese Frage. Da die liberalen Führer Zeit und Mut haben, ihre Stellung zu dem Punkte öffentlich auszusprechen, weiß das Volk wirklich genau, welchen Standpunkt sie einnehmen. Da aber im Gegensatz dazu Willoughby und seine Anhänger diesen Mut nicht besitzen, ja vielmehr den gegen die naturalisierten Bürger gerichteten Bestrebungen freundlich ge-

(Fortsetzung auf Seite 8)

Der 26. Juni wird der liberalen Regierung und Partei Saskatchewans einen glänzenden Wahlsieg bringen

Als der geliebte volkstümliche Führer der liberalen Partei Saskatchewans, Premierminister Martin am 15. Juni vor einer Riesenversammlung der Wähler Reginas im großen Rathaussaale der Stadt sprach, erwies sich dieses geräumige Versammlungslokal als viel zu klein. Hunderte von Wählern, die den genialen jungen Staatsmann, der im vorigen Herbst an die Spitze der Regierung unserer Provinz trat, gern hören wollten, mußten in den Gängen und auf den Treppen stehen oder wieder umkehren, weil der große Saal bis zur äußersten Fassungskraft überfüllt war. In Regina herrscht kein Zweifel darüber, daß Premier Martin selbst mit einer großen Mehrheit erwählt werden wird. Auf Seite 8 dieser Ausgabe finden unsere Leser einen ausführlichen Bericht über diese Versammlung.

Hier sei nur erwähnt, daß der Jubel und stürmische Beifall der Versammlung kein Ende nehmen wollte, als Premier Martin erklärte, er habe durch die begeisterten Versammlungen, vor denen er im Laufe der letzten Monate in allen Teilen unserer Provinz gesprochen hat, den Eindruck gewonnen, daß der liberale Wahlsieg am 26. ein so vollständiger werden wird, daß es der konservativen Opposition schwer fallen dürfte, auch nur die bescheidene Anzahl von sieben Wahlsitzen wieder zu gewinnen, die sie im vorigen Parlament der Provinz inne hatten. Aus allen Teilen der Provinz laufen für die Liberalen günstige Berichte ein. Besonders die Farmer in den ländlichen Wahlkreisen sprechen sich mit überwältigender Mehrheit zu Gunsten der fortschrittlichen und farmerfreundlichen liberalen Regierung und Partei aus.

Ueberall hat man das Ränkespiel und die verlogene schmutzige Wahl- oder besser Wählarbeit der Konservativen durchschaut, und der Unwille des Volkes erwartet begierig das Herannahen des Wahltages, um den konservativen Lügnern und Volksfeinden eine empfindliche Niederlage zu bereiten, die sie sobald nicht vergessen dürften.

Jeder Bürger, der es ehrlich mit unserem Volke meint, und dem der Fortschritt unseres Landes am Herzen liegt, setze in der kurzen Zeit von jetzt bis zum Wahltage alle Kräfte ein, um jede Stimme zum Wahllokal zu bringen und den Sieg unserer echt demokratischen, volkstümlichen Regierungspartei zu einem solchen zu gestalten, wie ihn bisher die politische Geschichte Canadas noch nicht erlebt hat. Jeder Wahlkreis, ja jeder einzelne Distrikt, jeder Wähler und jede Wählerin soll es als eine ehrenvolle Aufgabe betrachten, dafür zu sorgen, daß am 26. Juni überall eine überwältigende Mehrheit liberaler Stimmen abgegeben werden wird. Es gibt keinen Wahlkreis in Saskatchewan mehr, der noch von den konservativen Lügnern und Volksfeinden vertreten sein will.

Zeichen der Zeit

Die konservative Zeitung Prince Alberts, der „Prince Albert Herald", wendet sich in dem gegenwärtigen Wahlkampfe sehr scharf gegen den eigenen konservativen Parteikandidaten des Wahlkreises Prince Albert, den verrufenen Urheber der schmählich verkrachten Graftanklagen. Sogar der konservative „Prince Albert Herald" sieht ein, und spricht es offen aus, daß der eingebildete John Ernest Bradshaw nicht mehr gut genug ist, die Bürger von Prince Albert im Provinzialparlament zu vertreten.

Die früheren konservativen Zeitungen „Regina Daily Post" und „Saskatoon Daily Star" haben sich bereits vor einigen Monaten als unabhängig erklärt, weil sie die widerlich schmutzige Kampfesweise der konservativen Partei nicht mehr mitmachen wollten. Am letzten Sonnabend brachten diese Zeitungen große Artikel, in denen sie ihren Lesern die Wiederwahl der liberalen Martin-Regierung dringend empfahlen. Das alles deutet darauf hin, daß die Konservativen sich ihrer Stimmen und Unterstützung für die kommende Wahl entweder vom Nordpol oder vom Monde werden holen müssen. Vernünftige, klar denkende Bürger weigern sich einfach, diese traurige Gesellschaft noch weiter zu unterstützen. Nur zwei Freunde sind Herrn Willoughby und seinem kleinen Anhange treu geblieben: die durch ihre Hetzarbeit gegen die naturalisierten Bürger des Westens berüchtigte „Moose Jaw Daily News" und der „Nordwesten", die sogenannte deutsche Zeitung unseres geliebten Freundes „Bob" Rogers. Dieselben „Zeichen der Zeit" machen sich auch unter der deutsch-sprechenden Wählerschaft Saskatchewans bemerkbar. Die große Mehrzahl dieser Klasse von Bürgern gehörte ja schon seit vielen Jahren zu den überzeugten Anhängern der fortschrittlichen liberalen Politik. In der letzten Zeit aber hat die konservative Partei auch die letzten Anhänger unter den deutsch-sprechenden Wählern verloren. Eine ganze Anzahl von Männern, die, wie Herr P. M. Friesen, Rush Lake, oder Herr Kaspar Schramm, Grayson, in früheren Jahren die konservative Partei eifrig zu unterstützen pflegten, haben es einfach nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, die verwerfliche Hetzpolitik der Konservativen noch länger mitzumachen. Diese Männer, sowie eine ganze Reihe weiterer deutsch-sprechender Bürger, die wir noch namentlich aufführen könnten, treten jetzt offen für die liberale Partei ein.

Sir Wilfrid Laurier, der liberale Führer, über Militärzwang

Steht auf dem Standpunkt, daß das Dominialparlament kein Recht hat, eingebrachte Maßnahme zum Gesetz zu erheben. — Verlangt Abstimmung unter dem Volke darüber, ob Militärzwang eingeführt werden soll oder nicht.

Ottawa, 18. Juni. — Sir Wilfrid Laurier, der liberale Führer, hat heute nachmittag im Dominialparlament vor vollbesetztem Hause eine Resolution inbezug auf die Militärzwangsvorlage eingebracht, die wie folgt lautet:

„Daß die weitere Erwägung der Vorlage verschoben werde, bis das Prinzip derselben im Wege einer Referendum-Abstimmung vor das Volk gebracht und von den Wählern Canadas gutgeheißen worden ist."

Sir Wilfrid Laurier hielt eine anderthalbstündige Rede, in der er seinen Standpunkt vertrat und darlegte, daß es gegen die Prinzipien eines demokratischen Landes sei, Militärzwang einzuführen, solange nicht das Land selbst angegriffen werde. Er wies darauf hin, daß die Borden-Regierung noch bis vor kurzer Zeit behauptet habe, nicht daran zu denken, Militärzwang in Canada einzuführen.

Wenn Borden früher bekannt gegeben hätte, so sagte er, daß er sich mit dem Gedanken trage, Militärzwang in Canada einzuführen, so würden die Liberalen niemals zugegeben haben, daß die Lebensdauer des Parlaments verlängert worden wäre. Er sagte, man solle erst beweisen, daß das Volk eine derartige Maßnahme gutheiße und wenn dies durch eine Abstimmung bewiesen werden sollte, so könne die Regierung sicher sein, daß auch die Einwohner Quebecs dem Rufe zu den Fahnen Folge leisten würden.

(Anm. der Red. — Wegen Platzmangels können wir leider in dieser Ausgabe die Verhandlungen im Parlament nicht wörtlich wiedergeben. Sie sind auch, soweit die Berichte bis jetzt vorliegen, weniger heiß verlaufen und erst die weiteren Berichte und die Abstimmung dürften interessant sein, die wir nicht verfehlen werden, unseren Lesern in nächster Ausgabe möglichst genau wiederzugeben.)

Noch eine „Nordwesten"-Lüge

„Noch sind in Alberta keine Graft-Anklagen erhoben oder bewiesen worden, wohl aber in Saskatchewan." Dieser Satz aus dem politischen Giftschränkchen des „Nordwesten" enthält eine doppelte Unwahrheit. Ungefähr zu derselben Zeit, als der berüchtigte Abgeordnete Bradshaw seine Anklagen gegen die liberale Regierung Saskatchewans erhob, brachte der konservative Abgeordnete Dr. Stanley von High River, Alta., im Alberta-Parlament ganz ähnliche Anklagen gegen die liberale Sifton-Regierung der Nachbarprovinz vor. Premier Sifton und seine Anhänger lachten Herrn Stanley jedoch nur aus und verweigerten glattweg eine Untersuchung. Der „Nordwesten" lügt also, wenn er sagt, in Alberta seien keine Graft-Anklagen erhoben worden. Da nun die Sifton-Regierung am 7. Juni vom Volke Albertas mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, greift der „Nordwesten" wie ein Ertrinkender nach jedem Strohhalm, um seine Leser über den Eindruck dieses letzten Wahlsieges der Liberalen hinwegzutäuschen.

Die zweite Lüge in dem oben angeführten Satz findet sich in der unverfrorenen Behauptung, daß die Graft-Anklagen in Saskatchewan bewiesen worden seien. Der „Nordwesten" muß annehmen, daß seine Leser hinter dem Monde zu Hause sind, wenn er glaubt, daß sie noch immer nicht gehört hätten, daß Bradshaw sich durch seine Anklagen nur gründlich blamiert hat, und daß die gründliche Untersuchung durch die Königlichen Kommissionen der Oberrichter klar und deutlich erwiesen haben, daß jedes Mitglied der liberalen Regierung Saskatchewans vollständig ohne jede Schuld ist.

Die Gefahr eines dritten Kandidaten

In Wahlkreisen, in denen außer dem liberalen und konservativen Parteikandidaten noch ein dritter Kandidat aufgestellt ist, werden vielleicht manche Wähler geneigt sein, diesem dritten Kandidaten, der sich gewöhnlich „unabhängig oder Non-Partisan" nennt, ihre Stimme zu geben. Ehe sie dies tun, sollten sie sich jedoch sorgfältig folgendes überlegen: Der dritte Kandidat hat fast in keinem einzigen Wahlkreise eine Aussicht, die Wahl wirklich zu gewinnen. Wäre er nicht im Felde, so würden die meisten Stimmen, die er erhält, für den liberalen Kandidaten abgegeben werden. Das kann unter Umständen dazu führen, daß weder der dritte Kandidat noch der liberale, sondern der konservative gewählt wird. Unsere Leser wissen, um was es sich bei dieser Wahl in erster Linie handelt. Deshalb raten wir dringend, eine Zersplitterung der fortschrittlich gesinnten Wähler in diesen Wahlkreisen zu vermeiden. Das kann nur geschehen, indem unsere Freunde geschlossen für die liberalen Kandidaten stimmen.

Gesetzesvorlage, die Wahlrechtsentziehung naturalisierter Bürger betreffend

Im Dominialparlament eingebracht von dem konservativen Abgeordneten Currie

Vorlage No. 59
Ein Gesetz zur Abänderung des Strafgesetzbuches

Seine Majestät hat durch und mit dem Rat und der Zustimmung des Senats und des Parlamentes von Canada nachfolgendes Gesetz erlassen:

1. Das Strafgesetzbuch, Kapitel 146 der revidierten Statuten von Canada vom Jahre 1906 wird hierdurch dahin abgeändert, daß die folgende Sektion gleich hinter Sektion 79 eingeschoben wird:

„79a. (1) Irgend eine Person, die Bürger eines Landes war oder ist, welches sich zu irgendeiner Zeit während der verflossenen fünf Jahre im Kriege mit Groß-Britannien oder seiner Alliierten befunden hat, und die für irgend jemanden zur Erlangung eines öffentlichen Amtes stimmt, oder die irgend einen aktiven Anteil an irgend einer Wahl für irgend ein öffentliches Amt dadurch nimmt, daß sie Kandidat wird, spricht, schreibt, oder sich im Interesse der Wahl agitatorisch betätigt, oder Wähler nach den Wahllokalen befördert, oder Untertan irgend eines Landes gewesen ist, welches nicht mit Groß-Britannien oder seiner Alliierten verbündet ist, und welches seinen Bürgern nicht das Recht einer Auswanderung erlaubt, oder an der Lehre einer derartigen Bürgerschaft festhält, oder irgendeine Person, die ausgeschlossen oder aus Ländern der Alliierten verbannt war, erklärt wenn solcher Person Naturalisation in Canada oder Groß-Britannien bewilligt worden sein sollte, oder wenn diese Person seinen oder einen Namen aus der Wählerliste haben sollte, soll eines Vergehens schuldig sein und auf ein Urteil eines zuständigen Gerichtes hin einer Gefängnisstrafe unterstehen, die nicht weniger wie zwei Jahre betragen soll, zusammen mit Aberkennung aller Bürgerrechte und des Uebergangs aller seiner Eigentums an die Krone.

(2) Die vorstehenden Bestimmungen sollen auf keine Person Anwendung finden, die Dienst oder bei den Truppen Sr. Majestät gedient hat, oder die ein naturalisierter britischer Bürger ist und seit 25 Jahren in Canada wohnt. Die Beweislast einer derartigen Ausnahme soll auf dem Wähler ruhen.

(3) Irgendeine Person, die eine solche Information erteilt, daß an Hand derselben eine Verurteilung einer solchen Person erfolgen kann, soll berechtigt sein, ein Drittel aller festgesetzten Geldstrafen und des als verfallen erklärten Eigentums zu erlangen.

Keine Verkürzung oder Entziehung der Bürgerpapiere

Damit sich die Wähler und Wählerinnen der Provinz über die Stellung unserer beiden großen politischen Parteien klar werden können, die diese zur Frage der Gleichberechtigung aller Bürger, besonders aber zur Frage der Wahlrechtsentziehung einer gewissen Klasse unserer Bevölkerung einnehmen, sei im folgenden eine Zusammenstellung von Meinungsäußerungen gegeben, die aus dem konservativen und aus dem liberalen Lager stammen.

Was Angehörige der konservativen Partei sagen und denken

Die führende konservative Zeitung Reginas „The Evening Province" schrieb am 26. Mai 1915:

„Die Borden-Regierung bittet im unliebsamsten Weise um die Unterstützung der freundgeborenen Wähler, indem sie an der englisch sprechenden Bevölkerung Saskatchewans Verrat übt."

* * *

Die größte konservative Zeitung des Westens, das „Winnipeg Telegramm" veröffentlichte am 1. August 1916 folgenden Artikel:

Stellung der freundgeborenen Wähler

Es ist mehr und mehr augenfällig, daß sich die Liberalen bei der nächsten Dominialwahl bemühen werden, alle

(Fortsetzung auf Seite 4)

Auf zur Wahl!

Wer darf abstimmen und wie wird gestimmt?

Unsere Leser finden in dieser Ausgabe, besonders auf Seite 1, 2, 4, 5 und 8 eine ganze Reihe von Artikeln, die sich mit Fragen beschäftigen, die für die kommende Provinzialwahl am 26. Juni von höchster Bedeutung sind. Wir bitten unsere Leser dringend, diese Artikel recht sorgfältig zu lesen. Es ist das vornehmste Recht und ebenso eine heilige Pflicht für einen jeden Bürger, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Niemand lasse sich von der Ausübung dieses Rechtes und dieser Pflicht am 26. Juni zurückhalten.

Zur Abstimmung ist jede männliche und jede weibliche Person berechtigt, die canadischer Bürger, 21 Jahre alt ist und wenigstens ein Jahr in der Provinz Saskatchewan und drei Monate in dem betreffenden Wahlkreise gewohnt hat. Jede Frau, deren Mann ein naturalisierter Bürger des Landes ist, gilt ebenfalls als Bürger und ist wahlberechtigt. Es ist nicht notwendig, daß ein Wähler oder eine Wählerin irgend welches Eigentum besitzt. Junge Männer und junge Mädchen, die 21 Jahre oder älter sind, sind ebenfalls wahlberechtigt, wenn sie entweder selbst naturalisiert sind, oder wenn ihr Vater als Bürger naturalisiert wurde, ehe sie 21 Jahre alt wurden.

Wähler Saskatchewans! Beweist am 26. Juni, daß Euch das Wohl unseres Volkes und Landes am Herzen liegt; daß Ihr gern bereit seid, für Euere eigenen besten Interessen und die Interessen Euerer Kinder und der ganzen Zukunft unserer Provinz einzutreten. Keine einzige Stimme darf zurückbleiben. Vergeßt vor allem nicht die Frauen mit zur Wahl zu nehmen. Unsere Gegner werden sicher jede einzige, auch jede Frauenstimme zur Wahl herauszubringen. Es ist unsere Pflicht, daß auch wir in voller Stärke erscheinen. Wer seine Stimme für die liberalen Kandidaten unserer bewährten Regierung abgibt, stimmt für weitere zweckmäßige und fortschrittliche Gesetzgebung und dafür, daß unserer Provinz die fähige und ehrliche Verwaltung der liberalen Regierung erhalten bleibt. Verbrt für die liberale Partei, gebt Euere Zeit am 26. Juni für das Wohl unserer Provinz und unseres Volkes, bringt alle Stimmen zur Wahl, sorgt dafür, daß jeder Distrikt am Abend des 26. eine große liberale Mehrheit aufzuweisen hat.

In Städten ist es notwendig, daß der Wähler registriert hat und sein Name auf der Wählerliste steht. Auf dem Lande jedoch braucht der Wähler oder die Wählerin nicht registriert zu haben. Niemand hat ein Recht, sie am Abgeben ihrer Stimmen zu hindern. Man lasse sich also deshalb nicht irre machen.

Ankündigung

Um unseren Lesern noch in der Ausgabe nächster Woche das Ergebnis der Provinzialwahlen in Saskatchewan mitteilen zu können, werden wir den Druck der Titelseite unserer Zeitung bis Mittwoch, den 27. verschieben. „Der Courier" wird deshalb in nächster Woche einen Tag später in die Hände unserer Leser gelangen.

KODAK SAFETY FILM